



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

1/248 - 25.10.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Die Bundesregierung und das Flüchtlingsproblem	S. 1.
Zum Rücktritt des Kabinetts Figl	S. 3
Politisierte Textilforschung mit Steuergeldern	S. 4

Sonne bringt es an den Tag ...

d.g. Der herannahende Wahltermin hat schon heute geradezu wundersame Entschlüsse der Koalition ausgelöst. Da wird von Erhöhung der Beamtgehälter gesprochen, wird eine Anfrage über Rentenaufbesserung gestellt und vor einigen Tagen vernahm die staunende Öffentlichkeit, daß sich die Regierung Dr. Adenauer sogar noch des Mr. Sonne-Planes zu entsinnen vermag, den die gleiche Regierung im Frühjahr 1950 (!) von der Regierung der USA selbst angefordert hatte, um Vorschläge zur Eingliederung der Flüchtlinge in das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Bundesrepublik zu erhalten. Nun, da bald Rentner, Arbeiter, Beamten und auch Flüchtlinge an die Wahlurne schreiten, wird in die Kiste der Versprechungen gegriffen.

Die Wirtschaftsminister, so ließ die Regierung vernehmen, würden sich nun mit dem Sonne-Plan beschäftigen und ihn auf seine Realisierungsmöglichkeiten überprüfen. Natürlich ist ein Plan, der unter den Voraussetzungen des Sommers 1950 aufgestellt wurde, heute nicht mehr vollgültig. Es erhebt sich aber die Frage, warum die Bundesregierung seit zwei Jahren auf die offizielle Zuleitung des Planes an das Parlament verzichtet hat und so tat, als handle es sich um ein Gutachten unter vielen, mit dem sich bestenfalls die Länderflüchtlingsverwaltungen auseinandersetzen können. Sicher bestand zwischen dem Sonne-Plan und dem Lastenausgleich ein innerer Zusammenhang und man wird sich

vermutlich heute dahinter verschanzen, daß das Lastenausgleichsgesetz abgewartet werden mußte. Dazu bestand aber kein Anlaß, denn die Vorschläge des Sonne-Planes waren bereits unter Berücksichtigung der deutschen Selbsthilfe gemacht worden. Allerdings - und das mag der Regierung Adenauer die Lektüre des Sonne-Planes verbittert haben - hielt der Bericht mit seiner Kritik an der Wirtschafts- und Sozialpolitik dieser Regierung nicht zurück und bescheinigte ihr, daß "es einem kleinen Personenkreis leicht gemacht wurde, hohe Einkommen zu erzielen", während nicht genug getan würde, "um es weniger Glücklichen zu erlauben, einen zufriedenstellenden Lebensstandard zu erreichen".

Schließlich wird man in Regierungskreisen die Verschleppung des Sonne-Planes noch damit zu rechtfertigen versuchen, daß er ohne Auslandsanleihe nicht durchführbar gewesen wäre und der Anleihenehmer seine Kreditwürdigkeit erst durch eine fortgeschrittene westliche Integration beweisen sollte. Aber auch diesen Einwand hatten die Mitglieder der ECA-Kommission unter Vorsitz von Mr. Sonne schon entkräftet, denn sie forderten bereits vor zwei Jahren, daß das Flüchtlingsprogramm jedem Verteidigungsbeitrag zum mindesten gleichgestellt sein sollte, weil durch seine erfolgreiche Durchführung Deutschland in die Lage versetzt würde, wirksamer zu seiner eigenen Verteidigung beizutragen.

Wenn die Wirtschaftsminister auch diese Forderungen des plötzlich wiederentdeckten Sonne-Planes überprüfen, müßten sie schamrot darüber werden, was sie mit ihrer und der Politik des gesamten Kabinettes Adenauer seither vernachlässigt haben und nun, angesichts der Wahlurnen der Vertriebenen, als Pläne und Versprechungen wieder offerieren möchten. Es ist den Länderministern zu danken, daß sie den aktualisierten Sonne-Plan nicht als Wahlnummer über die Bühne gehen lassen, sondern auf seinem Hintergrunde aufzeigen wollen, daß die vernachlässigte wirtschaftliche und soziale Eingliederung von noch rund sechs Millionen Menschen das Problem Nr. 1 der Bundesrepublik geblieben ist.

Ein Sechstel des Budgets

O.R.-Wien, Ende Oktober

Der Rücktritt des Kabinetts Figl, ausgelöst durch die Meinungsverschiedenheiten über den Staatsvoranschlag für 1953, besäße nicht jenes Gewicht, wenn nicht auch außerösterreichische Faktoren mitsprechen würden. Es geht um die Frage, ob zur Deckung des Haushaltsdefizits die Steuern erhöht werden sollen oder ob man an Investitionen und am Sozialaufwand sparen soll. In der gegenwärtigen Situation Österreichs, das vom Westen immerhin noch ausgiebige Hilfsgelder erhält, wäre eine Auseinandersetzung zwischen den Sozialisten, die das erste Rezept verfechten, und den Volksparteilern, die eine inflationistische Entwicklung befürchten, wenn die Staatseinnahmen durch Steuererhöhungen karrigiert werden, überflüssig. Denn Österreich hat noch eine Reserve. Sie liegt allerdings an Orten, die unzugänglich sind.

Vor kurzem hat nämlich der Handelsminister bekanntgegeben, daß der österreichische Staat durch Zahlungsverweigerungen, Steuer- und Zollhinterziehungen der Besatzungsmächte bisher einen Verlust von 3,3 Milliarden Schilling erlitten hat. An der Spitze der Schuldner stehen die Sowjets, die mit ihren Unternehmungen enormen Schaden anstiften. Diese 3,3 Milliarden sind ein Sechstel des für das kommende Jahr vorgesehenen Budgets. Für 1952 soll die Lohnsteuer 1,87 Milliarden S einbringen. Die russischen Unternehmungen, in denen viele Tausende von Menschen arbeiten, bezahlen keinen Groschen in die Staatskasse. Sie sabotieren aber auch andere soziale Einrichtungen wie z.B. die Krankenkassen. Nach Angaben der "Sozialistischen Korrespondenz" hat die Niederösterreichische Gebietskrankenkasse gegenwärtig Außenstände in der Höhe von fast 19 Millionen S; die 110 von den Russen besetzten Betriebe weigern sich, ihre Schulden zu bezahlen. Auch eine Intervention des Präsidenten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes NR Johann Böhm, beim Sowjetischen Hochkommissar brachte keinen Erfolg.

Die österreichischen Kommunisten finden das natürlich in Ordnung, obwohl sie wissen, daß durch den Kapitalmangel die Leistungen der Sozialinstitute eingeschränkt werden. Ihnen geht es jedoch nicht um

das klaglose Funktionieren dieser Institute; sie erstreben mindere Leistungen und daher Unzufriedenheit.

In diesem Zusammenhang wäre ein neuer Schachzug zu erwähnen, den die KP-Betriebsräte des Ölgebietes Aderklas begannen. Sie wandten sich an den Klub der sozialistischen Nationalräte und verlangten von ihm das Eintreten für eine Lohnsteuersenkung. Nun sind die Worte Lohn-erhöhung und Steuersenkung leicht ausgesprochen. Die Sozialistische Partei will aber sachlich bleiben: Sie hält die bisherigen Sätze für das kleinere Übel. Das größere wäre die Herabsetzung der Investitions-tätigkeit und die Senkung der Renten. In ihrer Antwort sagten die Par-lamentarier: "Eine Milderung des Steuerdrucks könnte jedoch für die arbeitende Bevölkerung erzielt werden, wenn die englische, französi-sche und russische Besatzungsmacht auf die Besatzungskosten verzich-ten, wenn die russische Besatzungsmacht das Erdöl und das Holz aus Österreich nicht mehr gratis nimmt, sondern dafür bezahlt und für die von ihr eingeführten Waren die vorgeschriebenen Zölle sowie für die von ihr verwalteten Betriebe endlich auch jene Steuern entrichten wür-de, wie sie den anderen Betrieben vorgeschrieben werden". Die SPÖ-Ab-geordneten kündigten an, daß sie bei der kommenden Budgetdebatte neu-erlich an die drei Besatzungsmächte - die Amerikaner entfallen, da sie ihre Aufenthaltskosten selbst bezahlen - appellieren werden, auf die Kosten der Besatzung zu verzichten; auch wollen sie daran erin-nern, daß die Russen vergessen haben, Steuern und Rohstoffe zu bezah-len.

+ + +

Politisierte Textilforschung mit Steuergeldern

(sp) Es ist nichts Ungewöhnliches, es ist sogar zu begrüßen, wenn Wirtschaftsvverbände Universitäts-Instituten Mittel für Forschungen zur Verfügung stellen, die der Allgemeinheit zugute kommen. Die Wirt-schaft entledigt sich damit einer Pflicht gegenüber der Allgemeinheit, die mit ihren Steuern die Ausbildung der Ingenieure, Volkswirte an den Hochschulen finanziert hat. Etwas mehr Tuchfühlung zwischen Lehre, Forschung und Praxis verleiht dem Universitätsbetrieb überdies die oft vermisste Lebensnähe.

An der Universität Münster besteht seit zehn Jahren eine For-schungsstelle für allgemeine und textile Marktwirtschaft. Sie wechselt in diesen Tagen Mäzen und Leitung. Auch der Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen sicherte materielle Förderung zu. Das Institut

Ist 1942 von dem soeben ins Bundeswirtschaftsministerium berufenen Prof. Müller-Armack und von den Vereinigten Glanzstoff-Fabriken AG, bzw. deren Generaldirektor Vits zwecks Verteidigung der Marktwirtschaft gegründet und über alle Fährnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit hinweg gesteuert worden. Die Öffentlichkeit erfuhr nicht viel von den Forschungen des Instituts. Sie merkte schon mehr von den ebenso oberflächlichen, wie spärlich fundierten und in ihren Konzentrationen aufrehtbaren Denkschriften, Reden und Vorträgen ihres Leiters Prof. Müller-Armack zur Verteidigung der Freien Marktwirtschaft des Herrn Prof. Erhard gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Das Bundeswirtschaftsministerium zeigte sich erkenntlich durch bezahlte Aufträge an das Institut, deren Ergebnisse und praktischer Wert für die Handelspolitik - insbesondere aber für eine bessere und billigere Versorgung der Verbraucher mit Textilien auch in "nahestehenden Fachkreisen" - mehr als unterschiedlich beurteilt wurden.

Müller-Armack soll im BWM - wie Herr Vits auf der 10-Jahresfeier des Instituts zum Ausdruck brachte, die Grundlagen der Marktwirtschaftspolitik so verankern, dass sie auch nicht durch den Ausgang der Bundestagswahl gefährdet werden können.

Herr Vits tritt nunmehr in den Hintergrund und stellt den Vorsitz der Fördergesellschaft des Universitäts-Instituts dem Gesamtverband der Textil-Industrie zur Verfügung, der sich zur Mitfinanzierung entschloss. Für Gesamt-Textil führte sich Präsident O.H. Vogel vor den Angestellten des Instituts und seinen Freunden mit einer "Grundsatzrede" über Unternehmer, Forschung und Kultur ein, die dem neuen Leiter und seinen Mitarbeitern von vornherein zeigen sollte, welche politische Haltung man von ihnen erwarte. Vogel bezeichnete u.a. die zum politischen Bewusstsein erwachten Massen als Vernichter der Kultur, "deren Unzufriedenheit sich in den gewerkschaftlichen Lügen von Gestern und Heute zeige und deren Verbreitung die Gewerkschaftsvertreter auf ihren Pfänden sitzen" liesse.

Es ist nicht die erste Entgleisung dieser Art des Herrn Vogel. Nur diese blieb unwidersprochen. Institutsleiter und Assistenten würden nur ihre Stellung riskieren. Wir fragen den Kultusminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Frau Christine Teusch, deren Vertreter, der Kurator der Universität Münster, nach diesem Zwischenfall der Fördergesellschaft die Unterstützung des Landes nochmals zusagte: Wie gedenkt das Ministerium die Unabhängigkeit von Lehre und Forschung an seinen Hochschulen zu schützen? Wie kann zugelassen werden, dass ein Universitätsinstitut dem ausschliesslichen Einfluss einer einzigen Interessenten-Gruppe überantwortet wird? Nicht allein, dass die Gewerkschaften als Vertreter der seit jeher unterbezahlten Textilarbeiterschaft und der Konsumenten allein distanziert werden, es fehlen auch andere Organisationen der Wirtschaft, die verständliches Interesse am textilen Markt nehmen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Ramnau